

(Vizepräsident Schmidt)

(A) wort: Schülerverkehre - und dann über die weiteren Positionen abstimmen lassen werde.

Ich rufe zur Abstimmung den Antrag Nr. 1 im Änderungsantrag der Fraktion der CDU Drucksache 11/8152 zu Kapitel 15 470 auf. Wer ist für diesen Antrag? - CDU, F.D.P. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Wer ist dagegen? - Die SPD-Fraktion. Gibt es Stimmenthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Damit ist dieser Antrag mit Stimmenmehrheit abgelehnt.

Wir stimmen ab über die weiteren Positionen zu Kapitel 15 480 - Stichworte: Flughäfen/Luftfahrt - und Kapitel 15 500, Stichwort: Sicherheit im Straßenverkehr. Wer ist für den Antrag der CDU-Fraktion? - Die CDU. Wer ist dagegen? - SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, F.D.P. Gibt es Stimmenthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Dann ist dieser Antrag abgelehnt.

Ich rufe den Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 11/8157 auf, und zwar den Teil 14 zu den Kapiteln 15 040, 15 470, 15 480 und 15 500. Stichworte sind: Straßen, U-Bahn, öffentlicher Personennahverkehr. Wer ist für den Antrag? - BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Wer ist dagegen? - SPD, CDU, F.D.P. Enthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Damit ist der Antrag abgelehnt.

(B)

Aufgerufen ist Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 11/8164, Kapitel 15 470 Titel 671 20 - Ausbildungsverkehr nach § 45 a Personenbeförderungsgesetz. Wer ist für den Antrag? - GRÜNE, CDU, F.D.P. Wer ist dagegen? - Die SPD-Fraktion. Stimmenthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Wir kommen zur Schlußabstimmung über den Einzelplan 15 entsprechend der Beschlußempfehlung Drucksache 11/8015. Wer ist für die Beschlußempfehlung? - Die SPD-Fraktion. Wer ist dagegen? - CDU, F.D.P., BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Stimmenthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Damit ist der Einzelplan 15 in zweiter Lesung mit Mehrheit der SPD-Fraktion angenommen.

Die Abstimmung über den Entschließungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 11/8172 erfolgt nach der Verabschiedung des Haushalts am 21. Dezember 1994.

Ich rufe Nummer 7 auf:

(C)

Einzelplan 14: Ministerium für Bauen und Wohnen

Ich verweise auf die Beschlußempfehlung Drucksache 11/8014 und auf die drei vorliegenden Änderungsanträge, nämlich der CDU Drucksache 11/8153, der GRÜNEN Drucksache 11/8157 und der GRÜNEN Drucksache 11/8165.

Ich eröffne die Beratung und erteile dem Abgeordneten Zellnig für die Fraktion der CDU das Wort. - Bitte schön.

Abgeordneter Zellnig (CDU)*: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Haushaltsberatungen sind die wichtigsten Beratungen des Parlaments, die jährlich zu vollziehen sind. Die Regierung legt für diese Debatte in Zahlen Maßnahmen vor. Sie setzt Akzente dessen, was sie im kommenden Jahr zu tun beabsichtigt. Immer besteht Veranlassung zu gründlicher Beratung, geht es doch um viel Geld, um das Geld des Bürgers, der zu Recht erwartet, daß wir mit diesem Geld sorgsam, sparsam und effektiv umgehen.

(D)

Haushaltsberatungen am Ende einer Legislaturperiode sind aber auch immer Veranlassung, Fazit zu ziehen aus dem, was in diesem Politikfeld - hier: Wohnungsbau - geschehen ist. Sie sind Veranlassung zu fragen: Wie hat sich die Regierung in den letzten Jahren in diesem Politikfeld betätigt? In Sachen Wohnungsbau lautet dabei die Fragestellung: Hat Regierungshandeln dazu beigetragen, eine nachhaltige Veränderung auf dem Wohnungsmarkt in Nordrhein-Westfalen zu vollziehen? Ist das Richtige getan worden? Sind die Mittel zielbewußt und effektiv eingesetzt worden?

(Abgeordneter Wolf [SPD]: Ja!)

Ist zur notwendigen Veränderung die richtige Organisationsform gewählt worden?

(Abgeordneter Wolf [SPD]: Ja! Alles ja!)

- Die Fakten, die ich jetzt vortragen werde, werden dieses vorschnelle Ja ad absurdum führen.

(Zellnig [CDU])

- (A) 1990 haben alle politischen Parteien hier im Landtag übereinstimmend festgestellt: 400 000 Wohnungen fehlen in Nordrhein-Westfalen; 100 000 Wohnungen müßten jährlich gebaut werden. Im Hinblick auf die Baulandfrage galt - ich zitiere aus einer Stellungnahme des Ministers Kniola -:

Die in den Regionalplänen dargestellten Baulandreserven lassen mittelfristig die Errichtung von 737 000 Wohneinheiten zu. Sofort verfügbar ist jedoch nur Bauland für rund 100 000 Wohneinheiten.

Wie stellen sich diese Fakten des Jahres 1990 heute, im Jahr 1994, dar?

Heute lautet die Aussage - übereinstimmend -: 400 000 Wohnungen fehlen in Nordrhein-Westfalen; 100 000 Wohnungen müßten jährlich errichtet werden. Bauland ist knapp; es hat sich in den letzten Jahren insbesondere in den Ballungsgebieten massiv verteuert. Eine Entspannung ist trotz Bemühungen, die ich anerkennen will, nicht zu verzeichnen. Wäre ich böswillig - das bin ich aber nicht -, würde ich sagen: Wohnungsbaupolitik hat in Nordrhein-Westfalen überhaupt nicht stattgefunden; denn die Zahlen des Jahres 1994 sind die des Jahres 1990.

- (B) Ich bin aber weder böswillig noch ungerecht, sondern ich füge hinzu: Natürlich ist auch mir nicht entgangen, daß es einen massiven Zuzug nach Nordrhein-Westfalen gegeben hat, und zwar von fast einer Million Menschen seit 1987. Ich weiß, daß dies besondere Probleme ausgelöst hat. Ich weiß, daß in den letzten Jahren mit öffentlichen Mitteln rund 150 000 Wohnungen in Nordrhein-Westfalen gefördert worden sind.

Aber die Fakten belegen in jedem Falle, daß Sie eine wirkliche Veränderung, eine wirkliche Verbesserung auf dem Wohnungsmarkt in Nordrhein-Westfalen nicht erreicht haben und nicht erreichen werden, weil Sie den Problemen hinterherlaufen, weil Sie stellenweise Gefangene Ihrer eigenen Ideologie sind,

(Widerspruch von der SPD)

weil Sie der Faustformel, daß ein Drittel der erforderlichen Wohnungen im sozialen Wohnungsbau, zwei Drittel im frei finanzierten Wohnungsbau erstellt werden sollen, seit 20 Jahren anhängen - die Richtigkeit dieser Faustformel ist durch

die Wirklichkeit längst überholt - und weil Sie im Gegensatz zu allen anderen Bundesländern der Bundesrepublik Deutschland nicht bereit sind, über eine vereinbarte Förderung mit weniger Staat, mit weniger Bindungen zu einem Mehr an Wohnungen zu kommen. Ich betone: im Gegensatz zu allen anderen Bundesländern der Bundesrepublik Deutschland. Sie halten im Gegensatz zu allen anderen Bundesländern an einem Fördersystem fest, von dem alle Sachkundigen sagen, daß es auf Dauer nicht zu finanzieren ist und daß es naturgemäß nicht zu einem Mehr an Wohnungen führen kann.

Wir haben Ihnen in einem eigenen Wohnungsbauprogramm in vielen Anträgen machbar und solide berechnet aufgezeigt, daß wir mit dem zur Verfügung stehenden Geld mindestens 250 000 Wohneinheiten in Nordrhein-Westfalen errichtet hätten zuzüglich einem Sonderprogramm von weiteren 50 000 Wohnungen - insgesamt 300 000 Wohnungen.

(Lachen der Abgeordneten Rauterkus [SPD])

- Sie lachen, weil Sie nichts davon verstehen. Das ist keine Stelle, an der man lachen kann!

Meine Damen und Herren, der Wohnungsbau ist ein Gebiet, bei dem es immer um große Zahlen und große Beträge geht. Aber bei allem Jonglieren mit Zahlen will ich sehr deutlich sagen: Dahinter verbergen sich menschliche Schicksale. Ich kann nicht an einer Stelle lachen, wenn es darum geht darzulegen, daß es bei einem anderen Fördersystem 100 000 Wohnungen mehr gäbe. Das heißt, 100 000 Menschen wären besser untergebracht als heute; etliche sind heute möglicherweise nicht einmal zureichend untergebracht.

Es ist daher nicht gleichgültig, welches Fördersystem gewählt wird, weil es entscheidend darüber Auskunft gibt, wieviele Wohnungen in Nordrhein-Westfalen errichtet werden können. Ich sage es noch einmal, auch wenn ich es schon mehrfach gesagt habe, weil Sie einfach Ihr System nicht ändern: Nicht die Schönheit des Fördersystems, an dem jetzt 20 Jahre und noch länger festgehalten wird, ist entscheidend, sondern die Zahl der Wohnungen, die für die Menschen zur Verfügung steht. Das ist entscheidend, und daran werden wir alle gemessen werden.

(C)

(D)

(Zellnig [CDU])

- A) Meine Damen und Herren, es gab 1990, als es hier losging, eine gute Ankündigung. Das will ich bestätigen. Der Ministerpräsident erklärte - ich darf das zitieren -: "Es gibt wieder Wohnungsnot in Deutschland. Weil diese Aufgaben noch wichtiger geworden sind, habe ich ein eigenständiges Ministerium für Bauen und Wohnen eingerichtet."

Sagte es und wurde von da an zum Thema Wohnungsbau überhaupt nicht mehr gehört. Ministerin Brusi - auch sie zitiere ich - sagte: "Die Bekämpfung der Wohnungsnot verträgt keinen Aufschub." - Keine Frage, das ist eine richtige Erkenntnis!

Aber wie sehen denn die Fakten aus? - Am Anfang der Wohnungsbaupolitik in dieser Legislaturperiode steht eine krasse organisatorische Fehlentscheidung, nämlich die Trennung von Städtebau und Wohnungsbau. Daß Städtebau und Wohnungsbau irgendetwas miteinander zu tun haben, ist jedem in diesem Lande klar. Daß sie aber ernsthaft miteinander verknüpft sind, wissen die Fachleute sowieso. Weil das so ist, muß zusätzlich zu einem neuen Ministerium ein Organisationsgremium gefunden werden zwischen diesen Ministerien, damit das, was zusammengehört, schließlich auch zusammengebunden werden kann.

- 3) Wir sagen eindeutig und begründen das in jedem Jahr mit einem neuen Antrag: Diese Aufteilung in zwei Ministerien ist unsinnig, weil Städtebau und Wohnungsbau zusammengehören. Sie ist teuer und kostenträchtig, da mehr als 80 Planstellen neu beschaffen werden mußten, ohne daß überhaupt eine Ausweitung des Förderprogramms im Wohnungsbau stattgefunden hätte. Sie ist schließlich in sich überflüssig, da die jeweiligen Bauprogramme, die gefahren worden sind, durchaus im ehemaligen Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr hätten gefahren werden können.

Meine Damen und Herren, "Gesetz zur Regelung der Wohnungsbauförderung" nannte die Landesregierung irreführend die Übertragung der Wohnungsbauförderungsanstalt auf die WestLB. Ergebnis: Das Hauptinstrumentarium der Wohnungsbaupolitik in Nordrhein-Westfalen - nämlich die Wohnungsbauförderungsanstalt des Landes - wurde auch den Unternehmenszielen der WestLB unterstellt. Zielrichtung der Übertragung war ausschließlich und eindeutig eine Aufstockung der

Eigenkapitalmöglichkeiten der WestLB. Der angekündigte Synergieeffekt - das hört man heutzutage gar nicht mehr gern -, daß daraus 1 000 zusätzliche Wohnungen kommen würden, ist natürlich überhaupt nicht eingetreten, wie es ohnehin so eine Art und Weise mit Synergieeffekten ist, die jeweils angekündigt wurden.

(C)

Aus der ehemals selbständigen Anstalt öffentlichen Rechtes ist eine unselbständige Anstalt innerhalb der WestLB geworden. Und wie die WestLB so salopp zu formulieren pflegt: Unsere Wfa ist eine Division der WestLB geworden! - Meine Damen und Herren, was ist mit dem Hauptinstrumentarium für den Wohnungsbau in Nordrhein-Westfalen geworden?

Meine Damen und Herren, das, was Sie von mir erwarten, will ich Ihnen nicht ersparen: In den Ausschusssitzungen haben wir uns sehr viel mit dem Eigentum in Nordrhein-Westfalen auseinandergesetzt. Ich halte Ihnen erneut vor, daß Nordrhein-Westfalen unter den Flächenländern in der Bundesrepublik Deutschland die niedrigste Eigentumsquote hat. Die Eigentumsquote in den neuen Bundesländern kommt stellenweise jetzt schon an Ihre heran.

Lassen Sie es mich sehr deutlich sagen: Die Quote in sich ist möglicherweise nicht so aussagekräftig; aber die Tendenz, die dadurch sichtbar wird, ist doch erkennbar. Ich habe mehrfach vortragen, daß Sie Ihre Wohnungsbauprogramme in den letzten Jahren immer so gestrikt haben, daß lediglich ein Drittel der gesamten Mittel für die Eigentumsförderung verwandt worden ist. Daß das Auswirkungen auf die Eigentumsquote hat, ist doch ersichtlich.

(D)

Ich füge hinzu: Sie scheuen offensichtlich wie der Teufel das Weihwasser auch nur den Gedanken, daß es im Bereich der LEG eine Veräußerung von landeseigenen Wohnungen an die Mieter geben soll. Das wäre eine ganz wichtige Maßnahme, denen, die sich möglicherweise kein Eigenheim anschaffen können, Eigentum in dieser Form zu geben. Unsere Forderung - das sage ich noch einmal - wird sein und ist immer schon gewesen, daß wir 50 % der vorhandenen Mittel in die Eigentumsförderung gerichtet sehen wollen. Dabei bleiben wir.

Meine Damen und Herren, zusammenfassend: 1990 fehlten 400 000 Wohnungen, 100 000

(Zellnig [CDU])

- (A) mußten errichtet werden. 1994 haben wir diese Zahlen unbestritten auch. Sie haben Wohnungen errichtet; das ist eine wichtige Sache. Aber wenn ich bei aller Differenzierung die Frage beantworten soll, ob Sie eine erfolgreiche Wohnungsbaupolitik betrieben haben, lautet meine Antwort in der Summe: Nein! Ihre Politik war deshalb nicht erfolgreich, weil Sie nicht die Anzahl Menschen untergebracht haben, die Sie hätten unterbringen können. Das kann nicht das Etikett einer erfolgreichen Wohnungsbaupolitik erhalten.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Schmidt: Schönen Dank, Kollege Zellnig. - Für die SPD-Fraktion spricht der Abgeordnete Wolf. Bitte schön.

(B) Abgeordneter Wolf (SPD): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Natürlich muß der Kollege Zellnig versuchen, hier und heute beim letzten Haushalt, den wir in dieser Legislaturperiode zu verabschieden haben, Bilanz zu ziehen. Ich finde das in Ordnung. Ob es eine gerechte Beurteilung ist, mögen andere befinden. Ich beziehe mich bei Beurteilungen der Politik der Bauministerin ganz gerne auf Neutrale. Herr Kollege, die LBS und das Institut von Herrn Pestel gehören sicherlich zu den Neutralen. Gestern attestierten sie der Bauministerin, daß dank ihrer hervorragenden Wohnungsbaupolitik in Nordrhein-Westfalen ab dem Jahr 2000 das Ende der Wohnungsnot in Sicht ist.

(Beifall bei der SPD)

Ich meine, auf ein solches Urteil kann man bauen. Das ist keine Propaganda, sondern ist wirklich wissenschaftlich fundiert und untersucht.

Herr Kollege Zellnig, Ihre Rede stand unter dem Motto: Es kann nicht sein, was nicht sein darf. - Von daher kann man recht locker damit umgehen. Ich möchte mir dennoch die Mühe machen, auf einige Highlights Ihrer Rede einzugehen, weil ich meine, es gehört zum ernsthaften Umgang miteinander, über Sachen zu reden. Wir sind ein Parlament und keine Lesestube. Deshalb will ich auf das, was Sie gesagt haben, eingehen.

(C) Die LBS-Studie belegt, daß schon im Jahre 1993 die Zahl der Wohnungen, die fehlen, von 420 000 auf 380 000 geschrumpft ist.

Wir haben bei der WFA und auch im Ausschuß erfahren, daß dies auch durch die Untersuchung der WFA Wohnungsmarkt-Beobachtungssystem bestätigt wird, daß also die Schere nicht mehr weiter auseinandergeht, daß wir eine Wende am Wohnungsmarkt erreicht haben.

Ich glaube, Sie und ich als Wohnungswirtschaftler können damit zufrieden sein, weil es endlich in die Richtung geht, in die wir immer wollten, nämlich daß sich die Schere zwischen Bedarf und Nachfrage, zwischen Wohnungen, die am Wohnungsmarkt angeboten und am Wohnungsmarkt nachgefragt werden, schließt.

Es ist kein Zufall, daß es zu diesem Ergebnis gekommen ist, sondern es ist das Ergebnis einer hartnäckigen Politik der Landesregierung. Der Name Brusis steht für eine Wohnungsbaupolitik, die vernünftige Rahmenbedingungen geschaffen hat, was den frei finanzierten Wohnungsbau angeht - auch da haben wir uns nicht mit Reden aufgehalten, sondern gehandelt -, aber auch was den sozialen Wohnungsbau angeht, den wir wieder angekurbelt haben.

(D) In der Regierungserklärung, auf die Sie Bezug genommen haben, hat der Ministerpräsident angekündigt, daß mindestens 27 600 Wohnungen pro Jahr gebaut werden. Im Jahre 1993 ist dieses mit 34 600 Wohnungen mehr als erfüllt worden. Das Programm ist zu über 100 % abgeflossen. Von daher, Herr Kollege Zellnig, ist für uns kein Grund da, Dinge, die bewährt sind, die akzeptiert, ja überakzeptiert werden, zu verändern und auf Ihre Luftnummern einzugehen. Andere Länder, die das gemacht haben, wie Hessen, die acht Varianten der Förderung angeboten haben, haben eine Abnahme in diesem Jahr von knapp 35 %, andere Länder von 50 % gehabt. Wissen Sie, ich halte nichts von Wohnungen, die auf dem Papier stehen. Ich halte nur etwas von Wohnungen, die gebaut werden. Das sind Wohnungen, die in Nordrhein-Westfalen gebaut werden.

(Beifall bei der SPD)

Ich halte nichts von Baugenehmigungen, sondern von Wohnungen, die tatsächlich gebaut sind.

(Wolf [SPD])

- A) Wenn Sie auf die Baufertigstellungen in Bayern verweisen - gerne, das finde ich in Ordnung. Nur, wer durch München fährt und auf diese fertiggestellten Wohnungen der letzten drei Jahre schaut, wird feststellen, daß viele von ihnen leerstehen, weil sie für Menschen nicht bezahlbar sind. Auf solche Wohnungen kann ich verzichten, weil sie der Staat dann zweimal finanziert: Wenn sie zu lange leerstehen, entsteht ein politischer Druck - man muß die Menschen da reinbringen. Dann zahlt die Kommune über Sozialhilfe oder was auch immer die Mieten, und der Staat für die Übergangszeit Verluste aus Vermietung und Verpachtung. Soviel Geld haben wir in dieser Republik nicht, daß wir das diesen Leuten hinterher-schmeißen können. Das ist eine verfehlte Wohnungspolitik. Die werden Sie mit uns jedenfalls nicht erleben.

Auch in diesem und im nächsten Jahr wird es wieder deutlich über 30 000 öffentlich geförderte Wohnungen in diesem Lande geben. Wir werden also statt rund 130 000 Wohnungen in dieser Legislaturperiode eine Zahl von über 185 000 erreichen. Das zeigt: Der soziale Wohnungsbau in NRW ist nicht tot, er lebt, und er wird akzeptiert.

(Beifall bei der SPD)

- B) Natürlich - das gebe ich zu - hat sich der Bund mit 20 % am Programm beteiligt. Das ist nicht viel, aber auch dieses Geld nehmen wir. Wir in NRW geben mehr als der Bund für alle anderen Länder zusammen.

Wenn wir das Ziel, das die LBS prognostiziert, das erreichbar ist, daß ab dem Jahre 2000 die Wohnungsnot ein Ende hat, ansteuern, heißt das - das müssen wir auch sehen -, daß wir auf der Grundlage der von Frau Brusis formulierten Wohnungspolitik weitermachen müssen, daß wir die Berechenbarkeit des Landes, die Stetigkeit der Wohnungspolitik fortsetzen müssen.

Der Haushalt 1995 mit über 3,1 Milliarden DM für den Wohnungsbau bietet dafür eine gute und solide Basis. Das sind 106 Millionen DM mehr als in diesem Jahr im Haushalt stehen.

Wenn ich mir den Bundeshaushalt anschau, der 560 Millionen DM weniger vorsieht, das heißt 16 % bei einer nominalen Etatsteigerung von 4 %, dann verstehe ich, warum Sie hier so markt

schreierisch agieren: Angriff ist die beste Verteidigung. Das verstehe ich. (C)

Wenn Sie aber noch fordern, das MBW müsse abgeschafft werden, ist das ein Stück aus dem Tollhaus. Ihr Kanzler

(Zurufe von der SPD: Wer ist das denn?)

- Kohli-Mann - hat in der Zeit, in der Ministerpräsident Rau Frau Brusis bestellt hat, vier Bauminister verschlissen. Wissen Sie, wann die gegangen sind? Immer, wenn ihre Politik ganz erfolgreich war.

Der Schneider hat festgestellt: Es gibt keine Probleme mehr. Drei Monate später war er kein Bauminister mehr. Das gleiche Schicksal hat Frau Hasselfeldt ereilt, dann Frau Schwaetzer. Nun wollen wir einmal sehen, wie lange es Herrn Töpfer im Bauministerium hält.

Wir jedenfalls sind stolz darauf, daß Wohnungspolitik in NRW und bundesweit mit einem Namen verbunden wird, nämlich mit dem Namen von Frau Brusis. Daß Sie davor Angst haben und daß Sie möchten, daß dies kein Pfund im anstehenden Landtagswahlkampf ist, verstehe ich. Sie müssen uns aber nicht für so dumm halten, Ihnen auf diese Leimroute zu folgen. (D)

Es war eine gute Entscheidung. Wir haben viele Sachen in den fünf Jahren bewegen können und werden auch zum Schluß der Wahlperiode mit Frau Brusis viel bewegen.

Daß Sie natürlich, weil Angriff die beste Verteidigung ist, den alten ideologischen Zauber mit der Eigentumsquote bringen, verstehe ich. Herr Zellnig, das Motto "Sie haben 20 Jahre nach der Faustformel 1 : 2 gefahren" stimmt gar nicht. Wenn Sie endlich einmal dazu kommen würden, das zu lesen, was wir hier als Antwort auf unsere Große Anfrage von der Regierung bekommen haben, würden solche Behauptungen gar nicht mehr aufgestellt. Schauen Sie in die Beantwortung der Großen Anfrage! Dann werden Sie feststellen, daß zwischen 1980 und 1992 hier, gemessen an den öffentlichen Programmen, 70 % der Mittel zur Förderung des Eigentums verwandt worden sind - 70 % - und daß das, was Sie behaupten, wirklich pure Ideologie ist.

(Wolf [SPD])

- (A) Wir haben uns in den letzten Jahren bemüht, aus allen Ecken und Enden Geld zusammenzukratzen. Dieses 5 000er Sonderprogramm war eine der Möglichkeiten, die wir ausgeschöpft haben. Es ist also reine Ideologie und entspricht nicht der Wahrheit. Es ist eigentlich ein Stück aus dem Tollhaus, denn die Verschlechterung der Bedingungen für die Eigentumsbildungen haben Sie in Bonn zu verantworten: von der Verschlechterung der Möglichkeiten, Eigenkapital anzusparen, bis hin zu den Verschlechterungen der Möglichkeiten, anzuschaffen und steuerlich abzusetzen - das sind Ihre Schandtaten aus Bonn. Ihre Schandtaten versuchen Sie hier hinter einem Angriff zu verbergen, der durch nichts, durch wirklich nichts, durch keine Zahl aus dem Landesetat, keine Zahl aus den Programmen zu rechtfertigen ist.

Warum? Weil Sie nicht in der Lage sind, eine Politik zu formulieren, die zielgerichtet ist wie unsere, nämlich auf die Probleme einzugehen, die tatsächlich am Wohnungsmarkt vorhanden sind, und mit den knappen öffentlichen Mitteln die Probleme dort zu beseitigen, wo sie am größten sind.

- (B) Noch einmal einen Satz - den hatte ich im Ausschuß auch gebracht -: Die Eigentumsquote als heilige Kuh zu präsentieren, hat mit Politik wirklich nichts zu tun. Wir haben in Europa die höchsten Eigentumsquoten in den Ländern Portugal und Irland, und in dem sozial wirklich unfortschrittlichen Land Schweiz haben wir die geringste Eigentumsquote. Die Eigentumsquote ist also kein Zeichen für eine gute oder schlechte Wohnungspolitik oder für den sozialen Standard, sie sagt nämlich überhaupt nichts aus. Sie müßten sich die regionalen und historischen Probleme anschauen. Erst dann können sie aus Eigentumsquote und dem, welche Politik dort passiert, einen Schluß ziehen.

Ich möchte eines noch zu den Haushaltsberatungen sagen: Wir haben Ihre Anträge auch deshalb verworfen, weil sie wenig tiefenscharf waren. Da unterscheiden sich die Anträge der GRÜNEN wirklich wohltuend von dem, was Sie uns zum Schluß der Legislaturperiode präsentiert haben. Die Anträge der GRÜNEN waren wirklich von dem Interesse geprägt, Probleme zu lösen, von persönlicher Betroffenheit.

(Zuruf von den GRÜNEN: Warum haben Sie die abgelehnt?)

- (C) - Wir haben sie abgelehnt, weil vieles von dem, was Frau Nacken gefordert hat, laufen kann, weil Mittel dafür bereitstehen. Wir haben mit dem Ministerium ausführlich darüber diskutiert, wie das mit den Behinderten und der Wärmeschutzverordnung ist. Wir werden darauf achten, daß das auch wirklich passiert.

Den Antrag bezüglich des Zweistufenmodells haben wir abgelehnt, weil es noch nicht entscheidungsreif ist. Der Workshop, bei dem Sie waren, Frau Nacken, hat dazu wirklich Diskrepanzen in den Meinungen deutlich gemacht. Das muß nachgearbeitet werden. Ich halte es für einen guten Ansatz, der aber erst dann angewendet werden sollte, wenn er zwischen allen Beteiligten ausdiskutiert ist und zwischen ihnen Konsens besteht. Dann halte ich es für einen Weg, den wir gemeinsam gehen können.

Deswegen sage ich, daß die Anträge der GRÜNEN für die wohnungspolitische Debatte wirklich bereichernd waren. Ich hoffe, daß wir in den nächsten Wochen und Monaten und auch in der nächsten Legislaturperiode in diesem Sinne gemeinsam weitermachen können. Dann ist mir nicht bange, was die Erreichung des Ziels angeht, das uns die LBS als Licht am Ende des Tunnels in ihrer Studie präsentiert. Dann werden wir auf diesem Weg, der Wohnungsnot in Nordrhein-Westfalen ein Ende zu bereiten, in fünf Jahren wirklich ein gutes Stück weiter sein und sie möglicherweise tatsächlich beseitigt haben. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Vizepräsident Schmidt: Vielen Dank, Kollege Wolf. - Für die F.D.P.-Fraktion erteile ich dem Abgeordneten Kuhl das Wort.

Abgeordneter Kuhl (F.D.P.): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Kollege Wolf, ich verstehe gar nicht, daß sie jetzt immer noch so um die GRÜNEN buhlen, wo die sich doch längst erklärt haben. Diesen Schmu können Sie doch eigentlich lassen und zur ernsten Politik zurückkommen.

Zu den Anträgen, die Sie alle verworfen haben, auch wenn Sie auf den Zuruf hin noch einmal dargestellt haben, wie toll die Anträge der GRÜ-

(Kuhl (F.D.P.))

- (A) NEN waren, will ich Ihnen folgendes sagen: Wenn Sie davon so überzeugt sind, dann helfen auch nicht die Ausflüchte, die Sie gerade benutzt haben. Dann hätten Sie wirklich den Anträgen zustimmen können.

Die F.D.P.-Fraktion hat zwei Anträgen der GRÜNEN im Ausschuß ja auch zugestimmt. Wir werden ihre Anträge heute in toto zwar ablehnen, weil sie jetzt etwas anders aufgebaut sind, aber vom Grundsatz her waren darin in der Tat vernünftige Argumente.

Im übrigen hat sich das bewahrheitet, was wir in den letzten fünf Jahren in diesem Hause immer wieder erlebt haben: Sie haben mit der Abstimmungsguillotine zugeschlagen.

(Zuruf von der CDU: Brutal!)

Sie haben das zu Beginn der Diskussion im Ausschuß sofort deutlich gemacht. Insofern waren wir ganz gut beraten, daß wir im Ausschuß keine Anträge gestellt haben, um das noch einmal ganz deutlich zu sagen. Das hat bei Ihnen keinen Sinn. Sie sind nämlich überhaupt nicht bereit, über solche Ansätze zu diskutieren. Die CDU-Fraktion hat in diesem Jahr wieder in voller Schärfe erlebt, wie ein solches Beil in einer Guillotine zuschlagen kann.

(B)

Im übrigen hat Herr Rau - das lassen Sie mich an dieser Stelle sagen, nachdem Sie Herrn Kohl und seine vier Minister angesprochen haben - in seiner Amtszeit auch den dritten Wohnungsbauminister. Sie müssen also mit der Aufrechnung etwas aufpassen. Aus solchen Aussagen wird nämlich schnell ein Schuh.

Die von Ihnen angesprochene Schweiz hat im übrigen völlig andere Wohnungsbauprobleme. Auch das wissen Sie. Wir haben dies nämlich im Ausschuß schon einmal sehr differenziert erörtert. Insofern will ich hier nicht näher darauf eingehen. Ich wollte an dieser Stelle lediglich deutlich machen, daß das, was Sie an diesem Punkt in die Diskussion hineinwerfen, von Ihnen wissentlich falsch dargestellt wird.

Außerdem ist es ja so, daß Sie sich vieler Kompetenzen selbst dadurch beraubt haben, daß Sie die Wohnungsbauförderungsanstalt - WFA - in die Westdeutsche Landesbank integriert haben. Dadurch ist der Einfluß erheblich geschmälert wor-

den. Auch das können Sie unter dem Strich nicht wegdiskutieren. Das sind die Fakten. (C)

Ich will einiges noch sagen, weil in der Tat am Ende einer Legislaturperiode, wie das der Kollege Zellnig zu Recht dargestellt hat, bei den Haushaltsberatungen die Zeit für eine Abrechnung mit der Wohnungsbaupolitik der Regierung gekommen ist. Die Mehrheitsfraktion - namentlich auch der Ministerpräsident - spricht inzwischen auch immer von dem Stichwort "schlanker Staat". Wir haben in den Diskussionen mit Freude - ich füge dies ausdrücklich hinzu - vernommen, daß Sie ja sogar an eine Zusammenlegung des Kultusministeriums mit dem Wissenschaftsministerium denken.

(Minister Schwier: Ach Junge, das habe ich dreimal erklärt!)

- Ich weiß ja, daß Sie sich an dieser Stelle nicht als überflüssig darstellen wollen. Ich denke aber, daß der Ansatz, der in diesen Diskussionen aufgenommen ist, schon zufriedenstellend ist. Ich kann nur hoffen, daß der Ministerpräsident, Herr Kollege Schwier, zumindest in diese Richtung weiterdenkt, auch wenn Sie das nicht mögen. Ich frage mich nur, warum Sie nicht längst Nägel mit Köpfen gemacht haben und eines dieser beiden Bauministerien aufgelöst haben. Das ist doch der entscheidende Punkt. (D)

Ich will das jetzt andersherum darstellen: Frau Brusis, ich würde nicht Ihr Ministerium auflösen, sondern das Städtebauministerium. Ich würde sinnvollerweise den Bereich Städtebau Ihrem Ministerium, solange Sie dort noch Ministerin sind, zuschlagen und den Verkehr in den Bereich des Wirtschaftsministers integrieren, wohin er auch gehört. Dann hätten wir wirklich Bauen und Wohnen unter einem Dach. Das wäre wohl eine sinnvolle Ergänzung. Sie könnten sich dann die ganzen Koordinierungsausschüsse innerhalb der beiden Ministerien sparen. Sie hätten dabei auch die Möglichkeit, dort eine ganze Menge Geld einzusparen.

Da ich gerade bei diesem Thema bin, will ich noch feststellen, daß - jetzt ist er leider nicht da, aber ich denke, er wird es vielleicht nachlesen oder ihm wird es gesagt - gleichzeitig das Frauenministerium aufgelöst werden kann. Sollten Sie dabei nur an die Frauenquote denken, die Sie beschlossen haben, dann machen Sie es doch endlich einmal so, daß Sie qualifizierte Frauen an die

(Kuhl [F.D.P.]

- (A) Spitze Ihrer Ministerien - Sie haben hier ja einige Ministerien zu verwalten - setzen. Dort wird dann wohl eine bessere Frauenpolitik gemacht als in diesem Ministerium.

Last but not least, wenn wir schon bei der Auflösung sind: Einen Minister für besondere Aufgaben brauchen wir auch nicht. Diesen Posten könnten wir an dieser Stelle ebenfalls abschaffen.

Wie dringlich das alles ist, wird ja auch dadurch deutlich, daß in einem ganz wichtigen Bereich, beim Ständehaus, der zuständige Städtebauminister eigentlich bisher die wenigsten Äußerungen getan hat. Und was er gesagt hat, war in diesem Zusammenhang sehr nebulös; klare Aussagen gibt es da nicht. Hier hätte er wirklich aus städtebaulicher Sicht ein Glanzlicht setzen können - auch sicherlich in der Gestalt, wie es die F.D.P. vorgeschlagen hat, nämlich hier zu Privatinvestitionen in Verbindung mit staatlichen Bereichen zu kommen. Das wäre, glaube ich, eine vernünftige Lösung gewesen.

- (B) An dieser Stelle will ich auch noch das ILS erwähnen, weil wir darüber im Ausschuß kurz diskutiert haben, eine Forderung der F.D.P. seit langem, dieses Institut aufzulösen. Ich war eigentlich im letzten Jahr recht erfreut, weil die Diskussion im Ausschuß wirklich dahin ging, es aufzulösen. Und als wir das nun in den Ausschußberatungen angesprochen haben, Kollege Wolf, da war ich ganz erstaunt, daß Ihre einzige Argumentation dann war zu sagen: Die haben ja jetzt einen neuen Leiter, und jetzt müssen wir noch einmal gucken, ob sie nicht doch noch etwas zustande bringen. Wissen Sie, das war so schwach, schwächer geht's eigentlich nicht für eine Partei, die in der Regierungsverantwortung steht.

(Widerspruch von der SPD)

Direkt zum Wohnungsbau! Frau Brusis, bei Ihrer letzten Presseerklärung vom 12. Dezember, wo Sie sich wieder selbst feiern, was Sie für eine tolle Ministerin sind, muß man sich wirklich fragen, ob denn dieses Rekordergebnis 1995 mit auf die Bundesrepublik Deutschland bezogen rund 550 000 fertiggestellten Wohnungen wirklich so stark, wie Sie es gerade für Nordrhein-Westfalen immer darstellen, von der Politik beeinflußt wird. Ich sage Ihnen, es gibt eine ganze Reihe von anderen Faktoren, die dieses viel stärker beeinflussen,

(Ministerin Brusis: Das hat Frau Schwaetzer immer anders gesehen!) (C)

wie das zum Beispiel gerade in diesem Jahr gewesen ist: Wir haben eine allgemein verbesserte Konjunkturlandschaft; das trägt erheblich mehr zu Investitionen in den Wohnungsbau bei.

(Abgeordneter Hunger [SPD]: Das zeigt der Pleitenrekord!)

- Darüber können wir an anderer Stelle noch einmal reden, wohin Sie Ihre Zuschüsse geben, nämlich in die Stahlindustrie statt in die mittelständischen Betriebe. - Wir haben ein relativ niedriges Zinsniveau. Auch das hat mit dazu beigetragen. Und es ist dank der Politik der Bundesregierung gelungen,

(Lachen des Abgeordneten Hunger [SPD])

eben auch die Ertragserwartung in eine positive Richtung zu schieben, gerade im Bereich Wohnungsbau. Das sind, denke ich, Faktoren, die dazu beigetragen haben.

Was Sie nämlich nicht gemacht haben, ist, endlich einmal wirklich - wie heißt es immer so schön? - "Butter bei die Fische" zu tun und darüber zu diskutieren, ob wir nicht den sozialen Wohnungsbau dringendst reformieren müssen. Das ist der entscheidende Punkt. (D)

(Abgeordneter Hunger [SPD]: Sie wollen ihn doch abschaffen!)

- Ich will ihn reformieren, ich habe es ja gerade deutlich gesagt. - Was die letzte Bauministerin, Frau Schwaetzer, gemacht hat, nämlich eine am Einkommen orientierte Förderung, das war eines der Kernstücke liberaler Wohnungsbaupolitik im Rahmen des Wohnungsbauförderungsgesetzes.

(Abgeordneter Hunger [SPD]: Das sieht man am Schürmann-Bau!)

Auch das muß man an dieser Stelle, denke ich, noch einmal deutlich erwähnen.

Wir stecken 1994 rund 22 Milliarden DM in den sozialen Wohnungsbau. Wenn Sie alles das hinzunehmen, was in den Wohnungsbau geht, kommen Sie leicht auf die doppelte Summe, sowohl im Bereich der direkten als auch der indirekten

(Kuhl [F.D.P.])

- A) Förderung. Das heißt auch, daß wir in Nordrhein-Westfalen rund 200 000 DM in eine Sozialwohnung stecken. Da muß man sich wirklich einmal fragen, ob das auf Dauer gesehen der Sinn ist und ob man hier nicht in der Tat dringend zu einer Reform des sozialen Wohnungsbaus kommen muß, der dann auch den wirklich Bedürftigen Wohnungen zur Verfügung stellt. Denn der hohe Subventionsbedarf ist im Grunde genommen nur ein Übel unter vielen.

Die vorhandenen 3 Millionen Sozialwohnungen reichen nicht aus. Sie reichen deshalb nicht aus - Frau Ministerin, auch das lassen Sie mich sagen -, weil nämlich die wirklich Bedürftigen auch in Nordrhein-Westfalen heute überhaupt keine Chance mehr haben, in eine solche Wohnung hineinzukommen. Es ist fast wie ein Lottogewinn - ich habe das an dieser Stelle schon einmal gesagt -, weil unter diesen Nutznießern sehr viele Besserverdienende sind, die häufig auch Ihrer Partei angehören.

(Zuruf des Abgeordneten Hunger [SPD])

- Ich sage das an dieser Stelle, Herr Kollege, sehr bewußt. - Die Fehlbelegungsabgabe hat daran auch nicht viel geändert. Junge Familien sind nämlich auf die teuren Wohnungen im sozialen Wohnungsbau angewiesen. Hier geht es ja frei nach dem Motto: "Wer am längsten drin wohnt, hat den höchsten Nutzen." Insofern verdient der soziale Wohnungsbau das Attribut "sozial" heute überhaupt nicht mehr. Das ist ein ganz entscheidender Punkt.

Wer dann, Frau Ministerin, wie Sie es am Montag in Moers getan haben, die Wohnungswirtschaft auffordert, kostengünstiger zu bauen, und gleichzeitig erklärt, "Wenn wir diese Frage nicht lösen, können wir uns auf allen anderen Gebieten soviel einfallen lassen, wie wir wollen", dem kann ich nur sagen: Wir haben Ihnen Vorschläge in Hülle und Fülle gerade in diesen Bereichen gemacht, gerade noch in den letzten Monaten, daß man billiger bauen muß. Sie haben die Möglichkeit, gerade im sozialen Wohnungsbau in Nordrhein-Westfalen, dort, wo nämlich der Staat den Leuten Geld gibt, billiger zu bauen, indem Sie ganz bestimmte Vorschriften dazu in Ihre Förderbestimmungen und Förderprogramme hineinschreiben.

Last but not least will ich noch einmal auf die LBS-Studie eingehen. Wenn da das Jahr 2000

genannt wird, da sei der Wohnungsbedarf befriedigt, muß ich daran erinnern, wie es bisher gewesen ist: Wir haben gerade im Wohnungsbau den sogenannten siebenjährigen Schweinezyklus, und der hat vor allem sozialdemokratische Regierungen ständig veranlaßt, sobald irgendeiner am Horizont geschrien hat, "jetzt ist das Ende der Talfahrt erreicht", den Wohnungsbau sofort einzuschränken.

Was Sie heute hier getan haben, Kollege Wolf, ist doch nichts anderes, als heute schon die Argumente zu suchen, warum Sie im nächsten Jahr weniger Geld dort hineinstecken. Sie sollten sich - und damit will ich schließen - wirklich darauf konzentrieren, den sozialen Wohnungsbau in Gänze zu reformieren. Dabei würden wir Ihnen gern helfen; da könnten wir vieles gemeinsam machen, aber dazu sind Sie leider nicht bereit. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der F.D.P.)

Vizepräsident Schmidt: Schönen Dank, Herr Kollege Kuhl. - Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erteile ich der Frau Abgeordneten Nacken das Wort.

Abgeordnete Nacken (GRÜNE): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Kollege Wolf hat es eben schon einmal angesprochen: Pressemeldungen vom gestrigen Tag melden wohnungspolitische Erfolge. Während der Fehlbedarf an Wohnungen in Nordrhein-Westfalen derzeit noch 400 000 Wohneinheiten beträgt, soll es nach dieser LBS-Studie bis zur Jahrtausendwende zu einem Ausgleich kommen. Fazit: Die Lage entspannt sich.

"Bravo" möchte man da eigentlich sagen, wieder ein Problem gelöst - wenn da nicht die häßlichen Wartelisten mit den vielen Wohnungsnotfällen in den Kommunen wären, die einfach nicht unterzubringen sind, und wenn da nicht die vielen Obdachlosen gerade in den Großstädten und Ballungszentren unseres Landes wären.

Irgend etwas kann da meiner Meinung nach nicht stimmen. Aber seit einem halben Jahr häufen sich die Meldungen und Kommentare zum Wohnungsbau, die von ersten Leerständen und Entspannung am Wohnungsmarkt reden. Bonn hat daraus

(C)

(D)

(Nacken [GRÜNE])

(A) längst seine Konsequenzen gezogen. Schon die alte Ministerin Frau Schwaetzer konnte oder wollte Kürzungen ihres Haushalts nicht verhindern. Um rund 20 % sind die Bundesfinanzhilfen für den Wohnungsbau eingeschmolzen worden. Prozentual besonders stark betroffen ist bedauerlicherweise vor allem das Sonderprogramm für die Ballungsräume. Hierbei handelt es sich nach nur zwei Jahren Laufzeit schon wieder um ein Auslaufmodell.

Von einer kontinuierlichen auf hohem Niveau angesiedelten Wohnungsbaupolitik auf Bundesebene kann daher nicht die Rede sein. Der Bund zieht sich bereits wieder aus seiner Verantwortung für den sozialen Wohnungsbau zurück. Nur logisch, daß jetzt auch die ersten Meldungen aus Wirtschaftskreisen kommen, die sagen, der Höhepunkt der Wohnungsbauproduktion sei bereits überschritten. Unter dieser Voraussetzung führen die Meldungen, daß wir im Jahre 2000 die Wohnungsnot hinter uns gelassen haben, bestimmt nicht zum Ziel.

(B) Die hundert Tage Schonfrist für den neuen Bauminister Töpfer sind noch nicht vorbei, aber ich glaube schon jetzt sagen zu können, daß Herr Töpfer als gewiefter Manager für den Umzug nach Berlin als Minister geworben worden ist, aber wohnungspolitische Impulse, die uns aus den eingetretenen Pfaden hin zu zukunftsfähigen Konzepten bringen können, sind kaum zu erwarten.

Vor diesem Hintergrund ist der Landeshaushalt in bezug auf das Bauen und Wohnen ganz respektabel; das gebe ich gern zu. Noch - ich betone: noch - wird das finanzielle Engagement nicht zurückgefahren, noch werden die fehlenden Bundesfinanzhilfen aufgefangen. Ich glaube allerdings nicht, daß der Finanzminister in der nächsten Legislaturperiode noch dazu bereit sein wird.

Aber derzeit gilt: Eines der wenigen Versprechen der Landesregierung in dieser Legislaturperiode wird eingelöst, nämlich den Wohnungsbau in der gesamten Legislaturperiode auf einem hohen Niveau zu fördern. Das war das Ziel, und es ist in der Tat eingelöst worden.

Quantitativ ist das eine gute Leistung. Aber wie sieht es in bezug auf die Problemlagen am Wohnungsmarkt tatsächlich aus? Das erkennt man nun leider nicht am Wohnungsbauhaushalt, der

heute zur Diskussion steht, sondern erst viel später am Wohnungsbauförderungsprogramm; denn erst hier wird klar, welche Wohnungen zu welchem Preis aus diesen Mitteln entstehen sollen. Bei den Haushaltsberatungen können wir uns immer nur auf die Vorjahresprogramme stützen; anders ist das nicht möglich.

CDU und F.D.P. beklagen - das haben sie heute auch wieder getan -, die Eigentumsquote in Nordrhein-Westfalen sei zu gering. Ich sage Ihnen dazu noch einmal ganz deutlich: Ich bin da völlig unideologisch. Wenn wir die wirklichen Wohnungsnotfälle mit dem gleichen oder geringerem finanziellen Aufwand über Eigentumsmodelle bewältigen können, finden Sie mich selbstverständlich auf Ihrer Seite. Wir haben das mit einem Haushaltsantrag deutlich gemacht, mit dem unter dem Stichwort "Selber und preiswert bauen" gerade für diese unteren Einkommensgruppen Möglichkeiten geschaffen werden sollten. Sie haben diesem Antrag dankenswerterweise auch zugestimmt.

Ich habe dagegen Ihren Vorschlägen zur Eigentumsfrage nicht zustimmen können, da Sie mittlere Einkommensgruppen im Auge haben und die Wohnungsnotfälle am unteren Ende der Skala nur indirekt angehen wollen. Sie bauen auf den Sikkereffekt, sprich: darauf, daß für Wohnungssuchende bestehende Wohnungen durch den Bau und Bezug von Eigentumswohnungen frei werden. Abgesehen davon, daß dieser Effekt sehr strittig ist, wirkt er, wenn überhaupt, nur sehr langsam und mit hohen Verlusten. Damit werden aus unserer Sicht die Mittel eben nicht zielgenau und effektiv eingesetzt. Daher keine Zustimmung von unserer Seite.

Die Landesregierung versucht dagegen tapfer den Spagat zwischen engagierter Sozialpolitik und den Verwertungsinteressen der Wohnungsbaugesellschaften. Wie gesagt, das läßt sich nicht an diesem Haushalt oder an den Haushaltszahlen ablesen, sondern nur am Umgang mit den Mitteln und an anderen wohnungspolitischen Maßnahmen im Laufe des Jahres. Ich möchte dies an ein paar Beispielen deutlich machen.

Erstens. Seit Jahren werden die zur Verfügung stehenden Mittel zu etwa zwei Dritteln in den ersten Förderweg, also den klassischen sozialen Wohnungsbau, gesteckt und zu einem Drittel in den zweiten, also in ein Programm mit sehr viel

(C)

(D)

(Nacken [GRÜNE])

- (A) höheren Einkommensgrenzen. Daran wird sich auch nichts ändern, nachdem die Einkommensgrenze im sozialen Wohnungsbau gerade auf massives Betreiben der SPD in Nordrhein-Westfalen angehoben worden ist.

(Abgeordneter Wolf [SPD]: Nicht ohne Grund!)

Wir waren immer gegen diese Anhebung, weil sie den Bewerberkreis um Wohnungen im sozialen Wohnungsbau vergrößert, aber die Zahl der Wohnungen gleichzeitig unverändert bleibt. Die Konkurrenz verschärft sich natürlich zu Lasten der einkommensschwächeren Haushalte,

(Abgeordnete Rauterkus [SPD]: Das ist gar nicht wahr!)

Wohnungsnotfälle werden mehr statt weniger, Frau Kollegin. Eine Verschiebung der Kontingente hin zum ersten Förderweg wäre also das Mindeste, um einen kleinen Ausgleich zu schaffen. Wir werden sicherlich vergebens auf diese Verschiebung warten.

- (B) Zweiter Punkt: Mit der Anhebung der Einkommensgrenze steht die Anpassung der Fehlbelegerabgabe im direkten Zusammenhang. Ich will dieses Faß hier nicht erneut aufmachen. Wir haben dieses Wahlgeschenk für Ihre Klientel vor den Bundestagswahlen hier sehr ausführlich diskutiert, aber ich möchte doch noch etwas dazu sagen: Ohne Not haben Sie hier landespolitischen Spielraum ungenutzt gelassen, oder besser: Sie haben ihn genutzt, um die Zahl der Wohnungsberechtigten im sozialen Wohnungsbau weiter zu erhöhen und die Konkurrenz um die wenigen Wohnungen anzuhetzen. Sie verzichten auch auf Einnahmen aus der Fehlbelegerabgabe, die bis dato für den Bau weiterer Wohnungen zur Verfügung standen.

Dritter Punkt: Das Programmjahr 1994 war das erste Jahr in dieser Legislaturperiode, in dem auf Mieterhöhungen verzichtet worden ist. Bis dahin wurden Jahr für Jahr die Mieten entsprechend dem Drängen der Verwertungsinteressen der Wohnungsbauträger und -unternehmen angehoben. Es bleibt also abzuwarten, ob in diesem Programmjahr das Pendel wieder zugunsten der Investoren oder doch zugunsten der Mieterinnen und Mieter ausschlagen wird.

Vierter und letzter Punkt: Seit ca. zwei Jahren drängen wir Sie, endlich die Belegungsrechte der Kommunen für die Unterbringung gerade der wirklichen Notfälle zu verbessern. Der § 5 a des Wohnungsbindungsgesetzes wird in anderen Bundesländern seit langem in dieser Art genutzt. Sie haben unseren Antrag dazu abgelehnt und wollten ihn eventuell wieder auf die Tagesordnung setzen, wenn eine Anhebung der Einkommensgrenzen im sozialen Wohnungsbau greift. Diese Situation ist jetzt eingetreten. Sie zögern aber immer noch und bevorzugen die weiche Linie, nämlich den Weg der freiwilligen Vereinbarung zwischen Kommunen und Wohnungsunternehmen. (C)

Dies sind vier Beispiele, meine Damen und Herren, für eine Wohnungspolitik, die angestrengt den Ausgleich zwischen den Renditeerwartungen der Wohnungsbauunternehmen und -träger und den sozialen Anforderungen sucht. Die Folge ist, daß wir in Nordrhein-Westfalen keinesfalls von einer Entspannung am Wohnungsmarkt reden können. Pressemeldungen dieser Art sind daher fatale Signale, denn ganz im Gegenteil: Die Wohnungsnot verfestigt sich gerade im untersten Segment des Wohnungsmarktes. Die Wirkung der quantitativ sicherlich beachtlichen Programme kommt hier unten nicht an.

Bei der Veranstaltung des Ministeriums für Bauen und Wohnen und des Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales am 21. November in Köln zum Thema "Wohnungsnotfälle vermeiden, gemeinsam handeln" wurde das ganz deutlich. In den Städten Nordrhein-Westfalens übersteigt die Quote der auslaufenden Bindungen die der neu erworbenen um das Fünf- bis Sechsfache. Das ist dramatisch und trifft die Kommunen, die mit dem Problem der Wohnungsnotfälle weitgehend allein gelassen werden. (D)

Hier setzen unsere Haushaltsanträge an. Wir wollen zielgenau fördern und gerade für den Bereich der Wohnungsnotfälle und der Obdachlosigkeit endlich Abhilfe schaffen. Daß wir damit auf dem richtigen Weg sind, ist uns auf der genannten Tagung sowohl von den Städten und Gemeinden als auch von den Trägern der öffentlichen und freien Wohlfahrtspflege bestätigt worden.

Ich hätte mir gewünscht, es hätten außer mir auch die Kollegen und Kolleginnen der anderen Fraktionen an dieser Veranstaltung teilgenommen. Ich hoffe, daß Sie wenn schon nicht heute, dann

(Nacken [GRÜNE])

- (A) aber nach Lektüre des Protokolls dieser Veranstaltung die soziale Sprengkraft, die in diesem Bereich des Wohnungsmarktes steckt, erkennen und unsere Anträge zur Obdachlosigkeit endlich unterstützen.

Denn ganz deutlich wurde: Der Bericht der interministeriellen Arbeitsgruppe zu diesem Thema, den wir durch unseren Antrag zur Obdachlosigkeit vor zweieinhalb Jahren angeregt haben, trifft in der Analyse zu, aber es fehlen einfach die landespolitischen Maßnahmen. Die sind überfällig. Denn auch dieser Bericht, von dem ich gerade sprach, ist wieder über ein Jahr alt, ohne daß er irgendeine Wirkung zeigt.

Nicht einmal unser Antrag von vor zweieinhalb Jahren ist bisher abschließend behandelt worden. Was dagegen nicht fehlt, sind Aufforderungen an die Kommunen und die Träger von Sozialarbeit und Wohlfahrtspflege, aktiv zu werden.

(Vorsitz: Präsidentin Friebe)

- (B) Ich meine, das ist ganz schön schief. Gerade die SPD schimpft immer wieder in Richtung Bonn, daß von dort Aufgaben auf die Länder und Kommunen verlagert werden, ohne die finanzielle Ausstattung zu verbessern. Auch hier handelt es sich um eine Gemeinschaftsaufgabe, der Sie sich nicht entziehen sollten.

Daher stellen wir heute erneut unseren Antrag zum Thema Obdachlosigkeit und Wohnungsnotfälle zur Abstimmung. Er ist ein erster Einstieg mit einem sehr geringen Mittelumfang. Also geben Sie sich einen Ruck, zeigen Sie Ihre Bereitschaft, das Thema endlich ernst zu nehmen, und stimmen Sie unserem Antrag zu. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Friebe: Vielen Dank, Frau Kollegin Nacken. - Für die Landesregierung erteile ich der Frau Ministerin Brusi das Wort.

Ministerin für Bauen und Wohnen Brusi: Frau Präsidentin! Meine Herren und Damen! Die Sprecher der vier Fraktionen dieses Hauses haben die Gelegenheit der Haushaltsberatungen am Ende der Legislaturperiode genutzt, um Bilanz zu ziehen. Deshalb gestatten Sie auch mir, daß ich zu-

- (C) nächst einmal mit der hier aufgeworfenen Frage beginne: Woran messen sich eigentlich die Erfolge der Wohnungspolitik?

Herr Abgeordneter Zellnig, wenn Sie als Maßstab nehmen, ob die Wohnungsprobleme in unserem Lande beseitigt sind, dann hätten Sie eigentlich bei den Erfolgsbilanzen der Bundesregierung vor dem 16. Oktober laut aufschreien müssen, denn niemand wird behaupten, daß trotz der hohen Fertigstellungszahlen in der Bundesrepublik die Wohnungsprobleme beseitigt worden seien.

Ich denke, es ist gut, wenn wir versuchen, uns bei dieser Frage an objektiv meßbaren Daten zu orientieren. Da will ich noch einmal darauf hinweisen, daß diese Legislaturperiode mit der Zusage begonnen worden ist, daß die Landesregierung pro Jahr 26 700 Wohneinheiten im sozialen Wohnungsbau fördern werde. Diese Zahlen sind Jahr für Jahr weit überschritten worden.

(Zustimmung der Abgeordneten Frau Rauterkus und Trinius [SPD])

(D) Ich bin froh, daß es uns gelungen ist, einmal durch Aufstockung der Mittel für die Förderung des sozialen Wohnungsbaus, aber auch durch eine zielgenauere Ausgestaltung unseres Förderungssystems mit etwas mehr als 16 Milliarden DM etwa 160 000 Wohnungen bis zum Ende der Legislaturperiode zu fördern.

Schon Ende des Jahres 1993 gab es Beobachter des Wohnungsmarktes, die uns sagten, daß wir eine leichte Trendwende auf dem Wohnungsmarkt verzeichnen können. Dies zeigt sich Ende 1994 nach den Aussagen von Gutachtern noch etwas deutlicher. Wir haben sowohl in 1993 wie in 1994 zum ersten Mal seit vielen Jahren wieder die Situation, daß das Angebot an Wohnungen höher gestiegen ist als die Nachfrage.

(Zustimmung der Abgeordneten Frau Reinecke und Frau Rauterkus [SPD])

Es sind also leichte Entspannungstendenzen zu beobachten. Ich glaube, diese Zahlen sollte man auch zur Kenntnis nehmen, wenn man hier Bilanz zieht.

Wir haben im vergangenen Jahr am Ende des Jahres etwas mehr als 84 000 fertiggestellte Wohnungen verzeichnen können. Wir erwarten

(Ministerin Brusis)

- (A) für dieses Jahr etwa 95 000. Die Baugenehmigungen sind erfreulicherweise auch in diesem Jahr wieder stark angestiegen, und zwar in zweistelligen Prozentzahlen.

Der Landeshaushalt, der heute zur Beratung ansteht, schafft die Voraussetzung dafür, meine Herren und Damen, daß wir in unserem Land auch im nächsten Jahr Wohnungsbauförderung auf hohem Niveau fortsetzen können.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben die Absicht, auf der Grundlage dieses Haushalts wieder mindestens 30 000 Wohneinheiten mit einem Finanzvolumen von etwas mehr als 3 Milliarden DM zu fördern. Das ist so - da sollten insbesondere Sie, meine Herren und Damen von der CDU und von der F.D.P., sehr genau hinhören -, obwohl der Bund jetzt schon wieder seine Mittel für den öffentlich geförderten Wohnungsbau um mehr als eine halbe Milliarde DM zurückfährt. Das Land wird diese rückläufigen Bundesfinanzhilfen noch einmal durch eigene Leistungen ersetzen.

(Abgeordneter Hunger [SPD]: Das ist die traurige Wahrheit!)

- (B) Aber, meine Herren und Damen, dies geht nun schon seit Jahren so. Deshalb besteht natürlich bei allen Bundesländern die große Gefahr, daß sie diese hohen finanziellen Leistungen auf Dauer nicht durchhalten können. Deshalb noch einmal mein nachdrücklicher Appell von hier aus auch an den Bundestag und die dort vorhandenen Mehrheiten: Sorgen Sie dafür, daß die Finanzhilfen für den sozialen Wohnungsbau auch beim Bund für die nächsten Jahre verstetigt werden.

(Beifall bei der SPD)

Nur wenn dies gelingt, wird bis zum Jahr 2000 eine durchschlagende Entspannung auf dem Wohnungsmarkt zu verzeichnen sein.

Herr Abgeordneter Zellnig, ich muß leider feststellen: Das, was Sie heute in der Debatte gesagt haben, unterscheidet sich wenig von den Anträgen, die Sie im Ausschuß für Städtebau und Wohnungswesen vorgelegt haben. Es war die Kopie dessen, was schon im vergangenen Jahr und zum Teil schon im vorvergangenen Jahr vorgelegt worden ist.

(Abgeordneter Hunger [SPD]: Da ist nur das Datum ausgewechselt!)

Ich will trotzdem noch einmal sagen: Ihre Aussage, daß Nordrhein-Westfalen sein Fördersystem nicht weiterentwickelt habe, daß Nordrhein-Westfalen das einzige Land sei, das nach wie vor gegen den Trend in allen anderen Bundesländern am ersten Förderweg festhalte, ist schlicht falsch.

Wenn der Herr Abgeordnete Kuhl hier behauptet, daß eine Sozialwohnung in Nordrhein-Westfalen mit ca. 200 000 DM subventioniert werde, dann ist auch dies schlicht falsch. Herr Kuhl, ich stelle Ihnen nun wirklich alle Unterlagen zur Verfügung, die Sie nur wünschen. Bitte, lesen Sie sie doch auch einmal, und benutzen Sie dann doch bitte einmal die richtigen Zahlen! Das wäre vielleicht für unsere Auseinandersetzung ganz hilfreich,

(Abgeordneter Hunger [SPD]: Ob das hilft, bezweifle ich!)

weil wir uns dann auch vielleicht sachlich irgendwo verständigen könnten.

Was mir in diesen Haushaltsberatungen überhaupt nicht einleuchtet, ist, daß hier noch einmal wieder die Eingliederung der WFA in die WestLB Gegenstand der Klage der Oppositionsfraktionen ist. Können Sie mir irgendeinen Punkt sagen, an dem die Wohnungspolitik dieses Landes durch die Eingliederung in die WestLB gestört worden ist? Mir ist keiner bekannt, aber Sie haben hier in den Diskussionen auch keinen genannt. Deshalb gehe ich davon aus: Auch Sie wissen es nicht, sondern Sie erheben ganz schlicht die pauschale Behauptung, durch die Eingliederung der WFA in die WestLB sei die Wohnungspolitik gestört worden. Ich kann das nicht feststellen.

(Abgeordneter Kuhl [F.D.P.] meldet sich zu einer Zwischenfrage.)

Und was die Förderung der Wohnungspolitik durch die Eingliederung anbetrifft - Herr Kuhl, ich weiß, was Sie fragen wollen -, so wissen Sie doch, jedenfalls wenn Sie das Wohnungsbauprogramm dieses Jahres gelesen haben, daß 15 Millionen DM von der WestLB an die WFA fließen,

(Abgeordneter Trinius [SPD]: Eben!)

(Ministerin Brusis)

- (A) die wir für die Finanzierung des Wohnungsbauprogramms verwenden. Deshalb weiß ich auch nicht, was Ihre immer wieder gestellte Frage nach den sogenannten Synergieeffekten soll. Hier sind sie!

(Beifall bei der SPD)

Sie sind ganz konkret vorhanden, und sie werden für den Wohnungsbau genutzt. Wir hätten 15 Millionen DM weniger, wenn diese Eingliederung nicht erfolgt wäre.

Präsidentin Friebe: Frau Ministerin, obwohl Sie wissen, was er fragen möchte, wollen Sie dann trotzdem die Frage zulassen?

(Ministerin Brusis: Wenn Sie inzwischen nicht beantwortet ist, lasse ich sie gern zu!)

- Herr Kuhl möchte noch fragen. - Bitte!

Abgeordneter Kuhl (F.D.P.): Ja, ich wollte exakt danach fragen,

(Heiterkeit bei der SPD)

- (B) wo denn 1 000 Wohnungen mehr sind. In Ihrem Programm müßte es statt 33 000 dann 34 000 oder 34 500 heißen, und diese Zahlen können Sie nicht nachweisen.

Ministerin für Bauen und Wohnen Brusis: Doch, Herr Kuhl! Man kann nämlich diese mathematische Berechnung auch genau anders aufstellen. Man könnte sagen: Wegen der rückläufigen Bundesmittel, die ja im vergangenen Jahr schon rückläufig waren, hätten wir wahrscheinlich nur 32 000 fördern können, wenn wir die 15 Millionen DM nicht gehabt hätten.

(Beifall bei der SPD)

Und Sie wissen ganz genau, daß wir Wohnungsbauförderung über Kreditaufnahme bei der WFA finanzieren und daß sich dort dann auch solche Effekte errechnen. Sie müssen es nur nachrechnen.

Eigentlich ist es nicht erforderlich, noch einmal auf die Eigentumsquote einzugehen. Aber lassen

Sie mich sagen: Wäre die steuerliche Förderung des selbstgenutzten Wohneigentums entsprechend den Anträgen, die das Land Nordrhein-Westfalen in der vergangenen Legislaturperiode mehrfach über den Bundesrat im Bundestag gestellt hat, von der Mehrheit des Deutschen Bundestages beschlossen worden, dann hätten wir eine sehr viel höhere Eigentumsquote in Nordrhein-Westfalen. (C)

Ich bin ja dankbar, daß inzwischen auch bei der Bundesregierung die Erleuchtung eingetreten ist, daß eine andere Gestaltung der steuerlichen Förderung für die Eigentumsbildung richtiger und nützlicher wäre. Ich hoffe, daß wir in dieser Legislaturperiode mit unseren Anträgen mehr Erfolg haben, wäre aber auch dankbar, wenn Sie in Ihren Parteien nun darauf hinwirken würden, daß dann auch wirklich solche Anträge des Landes Nordrhein-Westfalen im Bundestag Zustimmung finden.

(Beifall bei der SPD)

Ich muß zu einigen Bemerkungen, die hier gemacht worden sind, die in Richtung auf kostengünstigeres Bauen gehen, und auch, Frau Abgeordnete Nacken, den § 5 a Wohnungsbindungsgesetz ansprechen, noch einmal deutlich machen, daß Wohnungspolitik und Wohnungsbau in diesem Lande nur mit den Investoren und nicht ohne die Investoren funktionieren. (D)

(Beifall bei der SPD)

Da wundert es mich schon, Herr Abgeordneter Kuhl - ich weiß nicht, ob das die neue liberale Linie in der Wirtschaftspolitik der F.D.P. ist -, wenn Sie sagen: Es müssen aber mehr Vorschriften gemacht werden, damit die kostengünstiger bauen. Ich sage: Wir geben den Investoren eine bestimmte finanzielle Hilfe, die, verglichen mit anderen Bundesländern, in Nordrhein-Westfalen relativ niedrig ist. Was sie dann selbst an Mitteln für den Wohnungsbau einsetzen, das ist ihre eigene unternehmerische Entscheidung.

(Beifall bei der SPD)

Dabei bleibe ich auch. Mehr Vorschriften wären hier kontraproduktiv.

Ich sage dies auch im Hinblick auf den § 5 a Wohnungsbindungsgesetz. Frau Nacken, ich re-

(Ministerin Brusis)

- A) spektiere Ihr starkes Engagement für die einkommensschwachen Haushalte. Das liegt bei mir auch vor, und deshalb diskutiere ich zur Zeit mit der Wohnungswirtschaft und den kommunalen Spitzenverbänden über den § 5 a Wohnungsbindungsgesetz, um den Kommunen mehr Möglichkeiten der Ausübung von Belegungsrechten zu geben. Aber auch hier ist es wichtig, daß Sie die Wohnungswirtschaft mit ins Boot bekommen; sonst werden Sie nämlich feststellen, daß die mit ihren Investitionen zurückhaltender werden, wenn wir sie zu etwas zwingen, was sie nicht wollen.

Deshalb lege ich Wert auf eine gemeinsame und freiwillige Vereinbarung. Wo es nur möglich ist, sollten wir versuchen, solche gemeinsamen freiwilligen Vereinbarungen für stärkere Belegungsrechte der Kommunen hinzukriegen.

Die Anträge der GRÜNEN zum Haushalt sind getragen von wohnungspolitischen Zielen des Energiesparens, der Unterbringung von Einkommensschwachen, die ich teile. Nur, ich will der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sagen: Ihre Anträge sind weitgehend überflüssig, weil all das, was Sie hier im Zusammenhang mit dem Haushalt beantragen, im Wohnungsbauprogramm realisiert ist, sowohl was das energiesparende Bauen betrifft, als auch was die Förderung beispielsweise des Um- und Ausbaus von Niedrigstandardwohnungen anbetrifft. Das einzige - darauf hat Herr Abgeordneter Wolf schon hingewiesen - ist das Zweistufenmodell, und da wissen Sie selbst, daß in der Tagung über Wohnungsnot, Obdachlosigkeit und Wohnungsnotfälle sehr unterschiedliche Auffassungen vorlagen, ob man diesen Weg gehen soll. Ich denke, hier brauchen wir noch eine Zeit der Diskussion über ein solches Modell.

- B) Meine Herren und Damen, lassen Sie mich abschließend sagen: Wenn die LBS gestern innerhalb einer Studie hat verlautbaren lassen, daß im Jahre 2000 die Wohnungsnot beendet sein könnte, dann haben manche dabei überlesen, daß dies einer Voraussetzung bedarf: daß wir in unseren Anstrengungen im Wohnungsneubau nicht nachlassen,

(Zustimmung bei der SPD)

daß wir auch in den nächsten Jahren Wohnungsneubau auf dem Niveau brauchen, das wir jetzt erreicht haben.

Das heißt für mich auch, daß wir weiterhin auf möglichst hohem Niveau Wohnungsbauförderung betreiben müssen, weil gerade die einkommensschwachen Haushalte nach wie vor trotz leichter Entspannung auf dem Wohnungsmarkt große Schwierigkeiten haben, sich mit einer Wohnung zu versorgen. Sie müssen wir weiter im Auge behalten und für sie müssen wir weiter in der Wohnungspolitik sorgen. - Vielen Dank. (C)

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Friebe: Vielen Dank, Frau Ministerin.

Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Wir kommen zur Abstimmung, und zwar stimmen wir zunächst über die Änderungsanträge ab.

Ich rufe den Änderungsantrag der Fraktion der CDU Drucksache 11/8153 auf. Hierzu hat die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Einzelabstimmung verlangt. Wir stimmen zunächst über Ziffer 1 ab - Eingliederung des Ministeriums für Bauen und Wohnen in das Ministerium für Stadtentwicklung und Verkehr. Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - CDU und F.D.P. Wer ist dagegen? - SPD. Enthält sich jemand der Stimme? - Die GRÜNEN waren mit dafür. Dann ist dies abgelehnt. (D)

Ich rufe die Ziffern 2 und 3 auf. Hier geht es in Ziffer 2 um die Erlöse aus dem Verkauf von landeseigenen Wohnungen und in Ziffer 3 um Zuweisungen des Landes zur Förderung des sozialen Wohnungsbaus. Ich lasse über diese beiden Ziffern abstimmen. Wer ist dafür? Bitte das Handzeichen! - CDU und F.D.P. Wer ist dagegen? - SPD und GRÜNE. Damit ist dieser Änderungsantrag abgelehnt.

Ich rufe den Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 11/8157 auf - Bauen und Wohnen. Wer diesem Änderungsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Wer ist dagegen? - SPD, CDU und F.D.P. Gibt es Enthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Der Antrag ist abgelehnt.

Ich rufe den Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 11/8165 auf

(Präsidentin Friebe)

- (A) - Bekämpfung von Obdachlosigkeit und Wohnungsnotfällen. Ich bitte um das Handzeichen derjenigen, die diesem Antrag zustimmen möchten. - Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Wer ist dagegen? - SPD, CDU und F.D.P. Der Antrag ist abgelehnt.

Ich rufe nun den Einzelplan 14 auf, und zwar entsprechend der **Beschlußempfehlung Drucksache 11/8014**. Wer der Beschlußempfehlung folgen möchte, der gebe bitte das Handzeichen. - Die SPD. Wer ist dagegen? - CDU, F.D.P. und GRÜNE. Enthält sich jemand der Stimme? - Ich darf feststellen, daß damit der Einzelplan 14 in zweiter Lesung angenommen ist.

Meine Damen und Herren, damit werden die Haushaltsberatungen in zweiter Lesung für heute unterbrochen; sie werden morgen fortgesetzt.

Ich rufe Punkt 3 der Tagesordnung auf:

Parlamentsreform für den Landtag Nordrhein-Westfalen

Antrag
der Fraktion der F.D.P.
Drucksache 11/155

- (B) Beschlußempfehlung und Bericht
des Hauptausschusses
Drucksache 11/7860

hier:
Nummer 1 der Beschlußempfehlung

Ich eröffne die Beratung und erteile für die Fraktion der SPD der Frau Abgeordneten Fischer das Wort.

Abgeordnete Fischer (SPD): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die F.D.P.-Fraktion hat einen Antrag zur Parlamentsreform eingereicht, ein sehr wichtiges Thema meiner Meinung nach, das auch bei uns schon zu zahlreichen Diskussionen geführt hat und wozu wir auch viele einzelne Vorstellungen entwickelt haben.

Bei dem vorliegenden Antrag jedoch habe ich meine Zweifel, wie ernst gemeint dieser Antrag von der F.D.P. ist.

(Abgeordneter Tschoeltsch [F.D.P.]: Na, Frau Kollegin!) (C)

Die F.D.P. verfolgt, so wie sie angibt, damit das Ziel, in Nordrhein-Westfalen wieder eine tatsächlich funktionierende Demokratie herzustellen. Ich hoffe allerdings, daß damit nicht beabsichtigt ist, zunächst einmal die Funktionsfähigkeit unserer Demokratie außer Kraft zu setzen, um dann dieses Ziel zu erreichen.

Als Mittel gibt sie an: Sie fordert mehr Rechte für die Minderheitsfraktionen, damit die Opposition im Landtag gestärkt wird. Ich denke, da gibt es ein anderes Erfolgsrezept, und das besteht in einer anderen Politik. Vielleicht wäre es doch eher möglich, eine Politik zu betreiben, die mehr verantwortungsbewußt, zukunftsorientiert und bürgernah ist, anstatt einfach mehr Rechte für die Opposition zu fordern. Auch Verfahrensvorschriften, damit die Arbeit im Parlament lebendiger und für den Bürger durchschaubarer gestaltet wird, reichen sicherlich nicht aus. Durch Verfahrensvorschriften kann man das sicherlich nicht erreichen, wohl aber durch eine andere Art, im Parlament zu arbeiten, durch eine andere Art auch, Politik zu machen.

Ich möchte noch einige Beispiele anführen, um deutlich zu machen, warum ich mir die Frage stelle, ob dieser Antrag in der Tat ernst gemeint ist. (D)

Sie fordern beispielsweise ein Akteneinsichtsrecht und ein Auskunftsrecht gegenüber einzelnen Beamten der Landesregierung und nachgeordneter Landesbehörden. Da frage ich mich ernsthaft, ob Sie die Regeln für Parlamentarische Untersuchungsausschüsse jetzt auf den Alltag eines Parlaments übertragen wollen, oder was mit diesem Antrag gemeint ist.

Sie fordern weiter eine Verbesserung der Öffentlichkeitsarbeit des Parlaments, aber mit diesem Ziel: Die Öffentlichkeitsarbeit soll verbessert werden, um die Arbeit der Opposition den Bürgern besser vermitteln zu können. Ich denke, dafür, daß die eigene Arbeit den Bürgern vermittelt wird, sind die Fraktionen nun einmal selber zuständig. Es kann nicht darum gehen, daß die Öffentlichkeit eines Parlaments verbessert wird, um die Oppositionsfraktionen dort zu unterstützen.

Das gleiche findet seine Krönung für mich in der Forderung, daß die Abgeordneten des Landtags